



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2019

---

**Rezension von: Steiner, Sebastian: Unter Kriegsrecht: die schweizerische  
Militärjustiz 1914-1921; Zürich 2018**

Koller, Christian

DOI: <https://doi.org/10.1515/mgzs-2019-0095>

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-181316>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Koller, Christian (2019). Rezension von: Steiner, Sebastian: Unter Kriegsrecht: die schweizerische Militärjustiz 1914-1921; Zürich 2018. Militärgeschichtliche Zeitschrift, 78(2):523-526.

DOI: <https://doi.org/10.1515/mgzs-2019-0095>

---

**Sebastian Steiner**, Unter Kriegerrecht. Die schweizerische Militärjustiz 1914–1921, Zürich: Chronos 2018, 472 S. (= Die Schweiz im Ersten Weltkrieg/La Suisse pendant la Première Guerre mondiale, 4), EUR 68,00 [ISBN 978-3-0340-1479-3]

Besprochen von **Christian Koller**: Zürich, E-Mail: [koller@sozarch.uzh.ch](mailto:koller@sozarch.uzh.ch)

<https://doi.org/10.1515/mgzs-2019-0095>

Die neutrale Schweiz wurde vom Ersten Weltkrieg nicht direkt erfasst, war aber dennoch in vielfältiger Hinsicht – wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch und kulturell – von ihm betroffen. Viele Aspekte davon sind erst im Gefolge einer Forschungskonjunktur anlässlich des Zentenariums vertiefter untersucht worden. Dazu gehört die Rolle der Militärjustiz. Diesem Thema widmet sich das anzusehende Buch, das im Rahmen eines größeren Forschungsverbunds zur Schweiz im

Ersten Weltkrieg entstanden ist und auf einer 2017 von der Universität Bern angenommenen Dissertation beruht.

Die Studie gliedert sich in vier Hauptteile. Zunächst skizziert der Verfasser die Konzeption der schweizerischen Militärjustiz vor dem Ersten Weltkrieg. Das Militärstrafgesetzbuch von 1851 galt allgemein als veraltet. Es war stark auf den Kriegsdienst ausgerichtet und setzte auf das Abschreckungspotenzial hoher Strafen, definierte aber gewisse Tatbestände (so die Dienstverweigerung, die in den Jahren 1914 bis 1920 mit 1862 Verurteilungen zu einem zentralen Thema der Militärjustiz wurde) nur mangelhaft und klammerte den Bereich der Spionage völlig aus. Demgegenüber galt das Militärstraßprozessrecht von 1889 als einigermaßen modern. Im Jahre 1912 machte der Zürcher Rechtsprofessor Max Huber weitgehende Reformvorschläge, in denen er die Verschiebung des Schwerpunkts von der zivilen zur militärischen Gerichtsbarkeit im Kriegsfall antizipierte und mehrere neue Straftatbestände vorschlug. Auch forderte der liberalkonservative Jurist im Falle von Krieg oder Kriegsgefahr eine weitgehende Einschränkung der Freiheitsrechte, weil er einen Generalstreik befürchtete. Darauf basierende Gesetzesentwürfe des deutschlandfreundlichen Verteidigungsministers Arthur Hoffmann gab es seit Frühling 1913, sie wurden aber dem Parlament nicht vorgelegt, sondern sollten erst bei einem eventuellen Kriegsausbruch implementiert werden.

Der zweite Hauptteil befasst sich mit der Phase vom Kriegsausbruch bis Ende 1915. Hubers Vorbereitungen ermöglichten im Sommer 1914 eine rasche Expansion der Militärjustiz zur zentralisierten eidgenössischen Disziplinierungsinstanz. Bei Kriegsausbruch übertrug das Parlament der Regierung alle gesetzgeberischen und finanziellen Kompetenzen (ein sogenanntes Vollmachtenregime), womit nun Hubers Entwürfe unter Umgehung des Parlaments auf dem Verordnungsweg in Kraft gesetzt werden konnten. In der Folge verschob sich das Machtverhältnis zugunsten der Militärgewalt, die zunehmend auch Zivilpersonen erfasste, und die Zahl der militärischen Strafverfahren nahm massiv zu. Zahlreiche Verordnungen schufen neue Straftatbestände, sodass die Rechtslage bereits Ende 1914 sehr unübersichtlich geworden war. Die Militärgerichte waren dabei analog zum Offizierkorps der Schweizer Armee »bürgerliche Orte«. Den zeitgenössischen Vorwurf der »Klassenjustiz« relativiert der Verfasser aber dahingehend, dass die durchwegs dem Bürgertum entstammenden Untersuchungsrichter und Auditoren (Staatsanwälte der Militärjustiz) bei der Wahrnehmung individueller Handlungsspielräume nur teilweise von ihrer Schichtzugehörigkeit beeinflusst waren. Hingegen weist er darauf hin, dass der deutschlandfreundliche Oberbefehlshaber der Schweizer Armee, General Ulrich Wille, einerseits Praktiken drakonischer disziplinarischer Bestrafung von Soldaten mit harter Arbeit und Drillübungen seitens Oberst Emil Sondereggers, eines späteren Faschistenführers, deckte und

andererseits in Fällen verurteilter Offiziere immer wieder von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch machte und auch direkt zugunsten von Offizieren in die militärische Rechtsprechung eingriff, unter anderem im Fall eines Oberleutnants, der eines sexuellen Übergriffs auf ein 14-jähriges Mädchen bezichtigt wurde.

Der dritte Teil zeigt eine »Rekalibrierung« der Militärjustiz in den Jahren 1916 und 1917. Die Expansion der Militärjustiz hatte auch deren politische Bedeutung gesteigert. Mehrere sozialdemokratische Journalisten und Funktionäre wurden wegen armeekritischer Äußerungen zu teils hohen Haftstrafen verurteilt. Dies war politisch besonders brisant, da noch 1903 das sogenannte Maulkrattengesetz, das öffentliche Armeekritik von Zivilpersonen unter Strafe stellen wollte, in einer Referendumsabstimmung von fast 70 Prozent der Stimmenden abgelehnt worden war. Die Militärjustiz kam so bereits ab 1915 innenpolitisch unter Druck, zunächst vor allem von sozialdemokratischer Seite, im Gefolge einer Spionageaffäre ab Ende 1915 dann auch von französischsprachigen bürgerlichen Politikern. Im Frühjahr 1916 lancierte die Sozialdemokratische Partei eine Volksinitiative zur Abschaffung der Militärjustiz, die im August 1916 eingereicht wurde. Unter dem Druck dieses Begehrens zog sich die Militärjustiz im Frühjahr 1916 vorübergehend aus manchen zivilen Bereichen zurück und leitete die Regierung die Reform des Militärstrafgesetzbuches ein. Zugleich wurden umfangreiche Änderungen im Strafvollzug umgesetzt. Dazu zählten die bedingte Begnadigung und der militärische Strafvollzug mit täglichen Drillübungen anstelle langer Haftstrafen in zivilen Gefängnissen.

Im letzten Hauptteil analysiert der Verfasser die Repolitisierung des Militärjustizsystems in der sozialen und politischen Krise des letzten Kriegsjahres und bis in die frühen 1920er Jahre. Angesichts von Demonstrationen, Unruhen und Tumulten in verschiedenen Schweizer Städten in den Jahren 1916 und 1917 im Gefolge der Zuspitzung der Versorgungskrise und nach dem Schock der bolschewistischen Revolution in Russland ließ die Regierung eine geheime Verordnung für den Fall eines Ausbruchs innerer Unruhen oder eines Generalstreiks vorbereiten, die unter anderem die Bestimmungen beinhaltete, die 1903 vom Stimmvolk massiv abgelehnt worden waren. Die Verordnung, die das Streikrecht aushöhlte, die Aufforderung zur Dienstverweigerung unter Strafe stellte und die Meinungsäußerungsfreiheit einschränkte, wurde am 11. November 1918 beim Ausbruch des Landesstreiks in Kraft gesetzt. Auf dieser Basis wurde die Militärjustiz nach Streikabbruch in die juristische Aufarbeitung des Landesstreiks involviert, wobei die Gerichte allerdings teilweise die Anwendbarkeit der im letzten Moment erlassenen und vielen Protagonisten nicht bekannten Landesstreikverordnung anzweifelten.

Obwohl sich das Divisionsgericht III zunächst für nicht zuständig erklärte, musste es im Frühjahr 1919 den Landesstreikhauptprozess gegen 21 Mitglieder

der Streikleitung durchführen. Gegenstand des Prozesses war nicht der Generalstreik an sich, sondern die Streikproklamation. Das Gericht verurteilte drei Angeklagte zu je sechs Monaten und einen zu vier Wochen Gefängnis. Die restlichen Angeklagten wurden freigesprochen. Damit hielt das Gericht politischem Druck von rechts stand, der drakonische Strafen für die Häupter der Schweizer Arbeiterbewegung gefordert hatte, denen fälschlicherweise eine revolutionäre Konspiration mit den russischen Bolschewisten unterstellt wurde.

Daneben gab es eine Prozesslawine gegen weitere Beteiligte, bei der 223 Personen angeklagt und 135 verurteilt wurden. Bezüglich der Deliktstruktur weist der Verfasser auf den Umstand hin, dass der größte Teil der Verurteilungen aufgrund von Aufforderungen zur Arbeitsniederlegung oder Dienstverweigerung erfolgte, hingegen nur in wenigen Fällen wegen Gewalttaten, darunter lediglich zweimal wegen Körperverletzung. Damit bestätigt sich, dass während des Landesstreiks Streikende und Demonstranten beinahe keine Gewalttaten verübten.

Die Initiative zur Abschaffung der Militärjustiz gelangte erst 1921 zur Abstimmung und wurde mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Im Abstimmungskampf wurde das Begehren als militärfeindlich hingestellt. Kurz nach der Abstimmung nahmen Regierung und Parlament die Reform des Militärstrafgesetzes in die Hand, bei der die Anliegen der Sozialdemokratie freilich wenig Berücksichtigung fanden.

Insgesamt hat der Verfasser eine gut strukturierte, quellengesättigte, detailreiche und scharfsinnig argumentierende Arbeit vorgelegt, die das zeitgenössisch hochbrisante Thema der schweizerischen Militärjustiz im Ersten Weltkrieg und der Landesstreikzeit erstmals umfassend analysiert. Die ganz wenigen Ungenauigkeiten – begriffliche Verwechslung von christlich-sozialer und religiös-sozialer Bewegung (S. 241) und falsche Datierung des Zürcher Bankstreiks vom Oktober 1918 (S. 278) – fallen demgegenüber nicht ins Gewicht. Zu Recht ist Sebastian Steiners Studie mit dem Berner Institutspreis für die beste eingereichte Dissertation ihres Jahrgangs ausgezeichnet worden.